№ 365
A 155
Morgen-Ausgabe

Berlin Vossische Zeitung

Sonnabend, 4. August 1923

6000 Mark
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Freibleibende Bezugspreise August: 100000 M. b. Zustell. d. eig. Boten; durch die Post 100 000 M.; unter Streifband 130 000 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 18000 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 6000 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V. Carl Misch, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3690—3693. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 669.

Der Yankee-Präsident.

Von

C. A. Bratter.

Er ist rothaarig und sommersprossig. Er spricht wenig und vorsichtig. Er hält selten öffentliche Reden, und sie dauern nie länger als zehn Minuten. Er kennt die Künste der politischen Rhetorik nicht, oder er verschmäht sie. Wenn er spricht, so sagt er, was er zu sagen hat, ohne Steigerung, ohne Affekt. Seine Stimme klingt hart, unbiegsam, und sein Auge hat eine eigentümliche, eulenartige Starre. Er klopft dem Wähler nicht auf die Schulter, sagt ihm nicht, daß er sich unbändig freue, ihn wiedergesehen, erkundigt sich nicht nach dessen Frau und Kindern, kneift dem Baby des Wählers nicht in die Wange noch sonst etwas. Wenn er nicht umhin kann, dem Wähler die Hand zu reichen, so kommt nicht das herzhafte „handshake" des amerikanischen Politikers heraus, sondern eine lahme Parodie auf einen Händedruck. Er kann ein Festessen von zehn Gängen mitmachen, ohne auch nur ein Wort zu reden, ohne von seinem Tischnachbarn, und wären sie auch lokale Größen, die geringste Notiz zu nehmen. Er kennt sie nach dem Dinner überhaupt nicht mehr. Er hat wenige intime Freunde. Seine Jungens gehen mit dick besohlten, für die Ewigkeit gebauten Schuhen in die Schule. Einmal wurden sie nach Hause geschickt, weil das Knarren ihrer allzu derben Stiefel den Unterricht störte. Bevor er Gouverneur seines Heimatstaates Massachusetts wurde, bewohnte er in seiner Geburtsstadt Northampton, in einer bescheidenen Nebenstraße, die Hälfte eines kleinen Doppelhauses; er zahlte dafür jahrelang siebenundzwanzig, später zweiunddreißig Dollar Monatsmiete. Das waren hundertdreißig Friedensmark.

Das ist Calvin Coolidge, der dreizigste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Sein Bild gleicht in keinem Zuge dem des amerikanischen Politikers; desto mehr dem des typischen Neu-England-Yankee.

Er hängt zäh an den Lebensgewohnheiten des Neu-Engländers. Er ist Yankee in der bis zur Frugalität gesteigerten Einfachheit seiner Lebensführung und spricht das unverfälschte Idiom des Neu-Engländers: er sagt nicht „cow", sondern „cyow", wenn er von einer Kuh spricht. Seine politischen Gegner behaupten, dieses Hervorlehren des kalten, nüchternen, sparsamen Yankeetums sei zum großen Teil Affektation; er gehe wie jeder andere Politiker auf Wirkung aus, nur eben auf seine besondere Art. Seine engeren Landsleute und Parteigenossen weisen diese Unterstellung mit Entrüstung zurück. Ist von seinen Eigentümlichkeiten die Rede, so sagen sie mit wohlwollendem Lächeln: „Just like Cal," das heißt dem „Cal" ähnlich!

Wie dem auch sei — in den Neu-England-Staaten des Ostens ist Coolidge unstreitig nicht nur angesehen, sondern auch beliebt. Genauer: er war es, ehe der Streik der Polizisten in Boston ausbrach. Damals hat er es mit den Arbeitern verdorben. Nicht so sehr, weil er gegen wildgewordene Horden Maschinengewehre auffahren ließ, als deshalb, weil er den Streik als solchen, als Waffe im Arbeitskampf, für gesetzwidrig erklärte. Er sagte dies in seiner vorsichtigen Art nicht gerade heraus; er erklärte, niemand habe das Recht, „zum Schaden der öffentlichen Ordnung" zu streiken.

Als Coolidge auf dem republikanischen Parteikonvent 1920 zunächst als Bewerber um die Präsidentschafts-Kandidatur auftrat, wurde von den Konventleitern deutlich abgewinkt: die Arbeiterschaft sei gegen ihn, und seine Nominierung als Präsidentschafts-Kandidat könne die Aussichten der republikanischen Partei schädigen. Er wurde dann auf das ungefährliche Gleis des Kandidaten für die Vizepräsidentschaft abgeschoben. Als solcher hat er der Partei gegenüber seine Pflicht getan, indem er ihr bei den Wahlen eine sehr erhebliche Anzahl von Stimmen aus den Neu-England-Staaten zuführte.

Als Vizepräsident hat er seine Anhänger zweifellos enttäuscht. Man hatte erwartet, daß dieser anscheinend sehr energische, sicherlich sehr ehrgeizige Mann sich nicht mit der traditionellen stummen Rolle des Vizepräsidenten begnügen, sondern aktiv in die Regierungshandlungen eingreifen würde. Man glaubte sich zu dieser Erwartung um so mehr berechtigt, als Harding — eine viel beachtete Neuerung — dem Vizepräsidenten Sitz und Stimme im Kabinett einräumte. Aber Coolidge blieb stumm. Man hörte von ihm nichts mehr. „Hie und da," so schrieb ein führendes New-Yorker Blatt, „hält er eine Rede oder schreibt für eine Frauenzeitschrift einen Artikel, der den Redakteur zur Raserei treibt, gelegentlich läßt er sich auch auf den Stufen des Weißen Hauses zusammen mit einem Bostoner Zeitungskorrespondenten photographieren. Das ist alles."

Es heißt, er habe sich auf Wunsch der Parteileitung diese Zurückhaltung auferlegt. Wie die amerikanischen Parteiverhältnisse beschaffen sind, ist anzunehmen, daß Coolidge auch als Präsident gegenüber dem Parteidirektorium wird zurücktreten müssen.

Sozialdemokratie und Regierung.

Um die Große Koalition.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beendete gestern, wie die „V. P. N." berichten, die zweitägige Aussprache über die innen- und außenpolitische Lage. Das Ergebnis der Beratungen fand seinen Niederschlag in einer Resolution Hertz, die mit großer Mehrheit angenommen wurde und die den drohenden Zusammenbruch der Innen- und Außenpolitik Deutschlands in erster Linie als Folge der Passivität der Reichsregierung bezeichnet. In der angenommenen Resolution wird von der Reichsregierung die größte außenpolitische Aktivität gefordert, um unter Aufrechterhaltung der Einheit der Republik, unter Erhaltung des Rheinlandes beim Reich und der Befreiung der Ruhr zur endgültigen Verständigung über das Reparationsproblem zu gelangen. In der energischen Verhinderung aller Sabotageakte und der radikalen Unterbindung der Rüstungen der illegalen Organisationen erblickt die sozialdemokratische Fraktion sowohl eine dringende innerpolitische, wie eine unbedingte außenpolitische Notwendigkeit. Insbesondere wird in der Entschließung ein sofortiger Umbau des deutschen Steuersystems und die Aufbringung der Reparationslasten durch die Belastung des Sachbesitzes verlangt. Zum Schluß der Resolution heißt es: „Die Fraktion erklärt, daß sie die ganze Kraft der Partei zur Erfüllung ihrer Forderungen einsetzen wird und macht von dem Ergebnis dieser Anstrengungen ihre weitere politische Haltung gegenüber der Regierung Cuno abhängig."

Der „Soz. Parlamentsdienst" bemerkt zu der Entschließung: Die Abstimmung hat danach ergeben, daß die große Mehrheit der anwesenden 120 Fraktionsmitglieder zurzeit keinen Anlaß sah, über die Frage der Koalitionspolitik eine Entscheidung herbeizuführen.

Eine Resolution Quessel-Levi, die der Regierung das Mißtrauen ausspricht, wurde mit Mehrheit verworfen. Ebenso eine Resolution Hoch, die sich gegen die Teilnahme der Fraktion an der Bildung der Großen Koalition aussprach.

*

Das Ergebnis der zweitägigen Beratung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion belehrt, daß die Mehrheit sich der Auffassung der Führung und des Parteivorstandes angeschlossen hat. Zweifellos ist die radikale Strömung in der Partei, die — wie aus den Veröffentlichungen der Abg. Dr. Breitscheid, Crispien und Dr. Levi sowie aus den Beschlüssen der Weimarer Sonderkonferenz zu erkennen war — die Partei in eine scharfe Oppositionsstellung drängen, zum Sturze des Kabinetts Cuno führen wollte, beträchtlich gewachsen. Das wird auch in den lebhaften Debatten in der Fraktion zum Ausdruck gekommen sein. Der Antrag Quessel hat aber schließlich doch die große Mehrheit gegen sich gehabt. Die Fraktion hat also eine Festlegung auf unbedingte Opposition verweigert und will ihre Haltung erst davon abhängig machen, wie die Regierung sich zu den Forderungen der Partei, die in der Resolution enthalten sind, stellen wird. Die Sozialdemokratie will also keine Regierungskrise auf jeden Fall. Daraus ergab sich konsequent, daß die große Koalition in den Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion nicht die Rolle einer aktuellen Frage spielte. Die Fraktion hat nicht ausdrücklich einem Eintritt in die große Koalition zugestimmt, weil diese Frage gar nicht gestellt war, aber sie hat dem Antrag Hoch, der jede Möglichkeit einer Koalitionsbildung für die Zukunft verriegeln wollte, die Zustimmung versagt. Auch negative Beschlüsse können positiven Inhalt haben.

Poincarés Instruktionen für London.

Paris veröffentlicht die Dokumente.

Eigener Dienst der „Vossischen Zeitung".

wi **Paris**, 3. August.

Der Quai d'Orsay hat Pressevertretern heute mittag den vollständigen Wortlaut der vom 14. Juli datierten Instruktionen für den französischen Botschafter in London und die Antwortnote an England vom 30. Juli zur Verfügung gestellt. Die beiden umfangreichen Dokumente werden vom „Temps" und „Journal des Debats" veröffentlicht. Weitere französische Dokumente sollen nach amtlicher Auskunft bekanntgegeben werden, wenn England die entsprechenden englischen Dokumente veröffentlicht.

Aus den Instruktionen vom 14. Juli geht hervor, daß Frankreich es war, das zuerst die Geheimhaltung des Meinungsaustausches gefordert hat. Poincaré legt im ersten Teil der Instruktionen dar, daß die Ruhraktion nach seiner Auffassung auf Grund des Versailler Vertrages unternommen werden durfte. Er betont weiter, daß Frankreich vor Einstellung des passiven Widerstandes nicht in Verhandlungen mit Deutschland eintreten wird, und versucht in diesem Zusammenhang nachzuweisen, daß die Reichsregierung durch ihr Verhalten zur Sabotage ermutigt hat, wenn Frankreich auch „nicht daran denke", die Berliner Regierung für „individuelle oder selbst Kollektivhandlungen" verantwortlich zu machen, die nach Einstellung des Widerstandes ohne Zustimmung der Reichsregierung unternommen werden.

Poincaré verspricht in den Instruktionen für den Fall der Einstellung des deutschen Widerstandes die „Aufhebung einer gewissen Zahl von Maßnahmen", besonders die Rückkehr der ausgewiesenen Eisenbahner und unteren Beamten. Aber Frankreich will darüber nicht mit Deutschland verhandeln, und es will weder die wegen Mord und Sabotage Verurteilten begnadigen, noch die höheren Beamten, die wegen Organisierung von „Revolten oder Streiks" ausgewiesen wurden, auf ihre Stellung zurückkehren lassen. Poincaré lehnt in den Instruktionen eine englische Vermittlung in der Widerstandsfrage ausdrücklich als „gefährlich" ab, da Deutschland daraus schließen könnte, daß es „das letzte Wort in der Ruhroperation gehabt hat" und seine Ansprüche steigern würde. Wenn Frankreich „unter solchen Umständen nachgäbe, müßte nach sechs Monaten alles von vorn angefangen werden, wie seit drei Jahren fortwährend von vorn angefangen werden mußte". Nur ein „unermüdlicher Wille" könne nach Poincaré Deutschland zur Erfüllung seiner Verpflichtungen bringen. Im Falle einer Einstellung des passiven Widerstandes sollen die Truppen aus dem Ruhrgebiet schrittweise „bis auf ein Minimum zurückgezogen werden".

Poincaré erklärt, daß die Ruhroperation „nur ein Mittel zur Erlangung von Reparationszahlungen" sei. Einen Vorschlag für die Reparationsregelung hat Frankreich nach Poincaré nicht zu machen, da es sich an den Versailler Vertrag hält. Es ist Sache derjenigen Verbündeten, die neue Anordnungen für notwendig halten, sich über diese näher zu äußern.

Am Schlusse der Instruktionen wird in Erinnerung gebracht, daß Frankreich bereit sei, auf einen Anteil an den deutschen Schuldverschreibungen der Reihe C in gleichem Umfange zu verzichten, in dem die Verbündeten ihm selbst die Erfüllung seiner eigenen Schuldverpflichtungen erlassen.

Der Inhalt der französischen Note vom 30. Juli ist im wesentlichen durch den halbamtlichen Auszug von gestern abend bekannt. Poincaré erklärt sich bereit, die deutschen Junivorschläge mit England zu prüfen und betont dann erneut die bekannten französischbelgischen Grundsätze: „Keine Verhandlungen mit Deutschland vor Einstellung des passiven Widerstandes, staffelweise Räumung des Ruhrgebiets nach Maßgabe der deutschen Zahlungen. Als Zweck der Ruhroperation bezeichnet Poincaré in der Note das Bestreben, „eine direkte Störung in der wirtschaftlichen und politischen Organisation Deutschlands hervorzurufen, damit Deutschland die Ausführung des Friedensvertrages dieser Störung vorzieht."

Poincaré versichert, daß Deutschland seine Hoffnung auf einen eventuellen Konflikt unter den Verbündeten setzt und daß „alles sofort in Ordnung kommen werden, wenn England der deutschen Regierung mitteilte, daß es die deutsche Politik nicht billige." Die französische Note äußert Bedenken gegen die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige und hebt dabei hervor, daß Frankreich einer Herabsetzung der deutschen Schuld nur zustimmen könnte, wenn seine eigenen Schulden bei den Verbündeten herabgesetzt würden.

Poincaré erinnert daran, daß England die Leistungsfähigkeit Deutschlands in Versailles so hoch eingeschätzt habe. Er stellt weiter eine Reihe von Fragen, um genaues darüber zu erfahren, wie England sich den Sachverständigen-Ausschuß denkt. Er bittet ferner um Aufschluß darüber, was England unter „allgemeiner und endgültiger Regelung" versteht und ob auch die Frage der interalliierten Schulden in diese Regelung einbegriffen sein soll.